



Bergung von Flüchtlingen vor der italienischen Insel Pantelleria: „Erst klatscht ihr Beifall, dann jagt ihr uns“

FLÜCHTLINGE

Die Grenzen Europas

Der Umbruch in Nordafrika wird zum Testfall für die Solidarität der Brüsseler Gemeinschaft.

Aus Furcht vor den Wählern finden die Partnerländer kein Konzept für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Die Idee der EU steht auf der Kippe.

Er trägt noch das rot-gelbe Trikot des Fußballclubs „Espérance sportive de Tunis“, es ist das Einzige, was ihm von früher geblieben ist. Er trug es auf dem Fischerboot, das ihn über das stürmische Meer nach Lampedusa brachte, es sollte ihm Glück bringen.

Fünf Wochen lang war Amir, 22, ein aufgeweckter, baumlanger Tunesier, unterwegs in sein neues Leben. Er versteckte sich in Bussen und Zügen, reiste 2000 Kilometer quer durch Italien und durch halb Frankreich. Jetzt sitzt er nahe der Atlantikküste, unter blühenden Clematis

in einem Garten an der Loire, atemlos erzählt er die Geschichte seiner Odyssee.

Er hat es nach Frankreich geschafft, weil er schneller und mutiger war als die meisten seiner Landsleute, die seit Anfang des Jahres übers Meer geflohen waren, um eine Zukunft zu suchen in Europa.



FRANCESCO MALAVOLTA / AFP

26 000 Flüchtlinge sind seit Januar auf der winzigen italienischen Insel gestrandet, die meisten von ihnen Tunesier. Sie konnten nicht ahnen, dass ihre Ankunft einen bitteren Streit auslösen würde und dass Europa, ihr Paradies, sich einmal mehr als äußerst zerbrechliche Gemeinschaft entpuppen würde.

Es geht um die Frage, wer die Flüchtlinge vorübergehend aufnehmen muss. Die Italiener, auf deren Hoheitsgebiet sie gelandet sind? So sehen es die europäischen Verträge vor. Oder ist die Zahl der Ankommenden so groß, dass Italien nicht mit ihnen fertig wird? So sieht es die Regierung in Rom, sie möchte den Notfall ausrufen, aber sie ist damit ziemlich allein.

Als sie ankündigte, den Flüchtlingen befristete Aufenthaltsgenehmigungen auszustellen, mit denen sie in andere Länder der Union weiterreisen könnten, drohten die Nachbarstaaten, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Es wäre das vorübergehende Ende des grenzenlosen Europa, und als ob das nicht reichte, setzte Roberto Maroni, der italienische Innenminister, noch eins drauf.

„Ich frage mich, ob es überhaupt Sinn ergibt, in der EU zu bleiben“, wütete er vergangene Woche. Maroni gehört der nationalistischen Lega Nord an, deswegen sind seine Worte eigentlich nicht erstaunlich. Doch dann gab ihm auch Regierungschef Silvio Berlusconi recht: Entweder sei Europa etwas Wirkliches und Konkretes. Sonst sei es vielleicht besser, wenn jeder mit den Flüchtlingen wieder auf seine Weise umgehe.

Es kommt oft vor, in letzter Zeit, dass Europa sich streitet. Mittlerweile reichen schon ein paar tausend Flüchtlinge, um Europa an die Grenzen seiner Solidarität und seiner Zusammenarbeit zu bringen.

Selten war die Europäische Union so uneins wie derzeit. Die Hoffnung, dass Europa durch den Lissabon-Vertrag näher zusammenrücken werde, ist längst enttäuscht worden. Die gemeinsamen Interessen schwinden, der Egoismus der Länder nimmt wieder zu. So schlecht wie

heute stand der angeblich geeinte Kontinent, der Nutznießer der großen Wende von 1989, bei seinen Bürgern noch nie da.

Das ist eine Entwicklung, die seit der Finanzkrise zu beobachten ist. Die Frage, wie der Euro zu retten sei, hat sich für die EU zu einem Dauerstreit um eine europäische Wirtschaftspolitik ausgewachsen. Er allein hat Europa schon tief gespalten – in Nord gegen Süd, in Reich gegen Arm.

Es folgte das Zerwürfnis um den Nato-Einsatz in Libyen, als Frankreich vordrängte und Gaddafi den Krieg erklären wollte, während Deutschland sich bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat der Stimme enthielt, wie China und Russland, und damit demonstrativ aus der westlichen Allianz ausscherte.

Und nun also der dritte große Streit, der Streit um die Flüchtlinge. Hier geht es objektiv um vergleichsweise wenig, weil die Zahl der Gestrandeten einstweilen relativ klein ist. Doch von allen europäischen Zerwürfnissen ist dieses vielleicht am schwierigsten beizulegen.

Einwanderung ist ein Thema, das in allen EU-Ländern die Wähler bewegt. Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, den Niederlanden oder Schweden ist ein Beleg dafür. Kein Politiker will vor seiner Bevölkerung den Eindruck erwecken, dass er sich von anderen Ländern übervorteilen lässt.

Und so argumentiert jeder in eigener Sache. Italien sagt, es handle sich um eine Notlage, und deswegen müsse das Prinzip aufgehoben werden, das in der sogenannten Dublin-II-Verordnung festgeschrieben ist – dass nämlich ein Flüchtling nur in dem Land, in dem er ankommt, ein Aufnahmegesuch stellen kann. Deutschland und Frankreich entgegneten, sie erhielten ohnehin schon viel mehr Asylgesuche pro Jahr, nämlich jeweils knapp 40 000, während italienische Behörden nur etwa 6000 bearbeiteten.

Weil sie sich isoliert fühlen, sind Italiens Politiker auch so wütend. Beim Rat der EU-Innenminister am vergangenen Montag in Luxemburg unterstützte nur

der Inselstaat Malta die Italiener. Vor allem Frankreich fürchtet die Zuwanderung der zumeist frankophonen Nordafrikaner.

Die österreichische Innenministerin Maria Fekter sagte, Italien sei ein großes Land, „es kann schon ein bisschen guten Willen zeigen“. Auch der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich blieb hart gegenüber seinem italienischen Amtskollegen. „Italien muss seiner Verantwortung gerecht werden“, sagte Friedrich, die Ausstellung von

Amir ist einer jener Tunesier, die den Umsturz in seinem Land erst ermöglicht haben. Er ist gebildet, spricht geschliffenes Französisch, an seiner Fakultät organisierte er Sitzstreiks, er war dabei, als sie auf den Straßen von Tunis Diktator Ben Ali ins Exil demonstrierten.

Sie stürzten ihn, weil sie keine Perspektiven hatten. Die meisten Tunesier sind jünger als 30, viele von ihnen finden keine Jobs. Das war es, was sie auf die Straßen trieb, gegen die herrschende Clique. Doch der Wirtschaft ging es nach der Revolution noch schlechter als zuvor. Amirs Uni war auch Monate nach der Revolution noch geschlossen.

Er zahlte 900 Euro und bestieg mit 35 jungen Männern ein Fischerboot in der Hafenstadt Sfax. Nach 15 Stunden sahen sie Lampedusa, Europas Vorposten. Sie erreichten das Paradies, von dem sie geträumt hatten.



GEORGES GOBET / AFP

Innenminister Maroni, Friedrich in Luxemburg
Selten war die EU so uneins

Reisevisa verstoße „gegen den Geist von Schengen“. Der deutsche Minister kündigte an, die Kontrollen vor allem im Süden des Landes zu verstärken. Seit verganginem Dienstag prüft die Bundespolizei sogar, wie schnell sie in der Lage wäre, reguläre Grenzkontrollen wieder einzuführen – obwohl im ersten Quartal dieses Jahres erst rund 300 Nordafrikaner nach Deutschland eingereist sind. Als der Italiener merkte, wie isoliert er im Kreis seiner Kollegen war, konterte er bockig, er sei lieber allein als „in schlechter Gesellschaft“.

Die Frau, von der erwartet wird, dass sie Europa vor den Flüchtlingen aus Afrika schützt, sitzt in ihrem großräumigen Büro im achten Stock der Zentrale der EU-Kommission in Brüssel. Cecilia Malmström ist 42 Jahre alt, Schwedin und eine Liberale, aber sie hat sich bislang eher einen Namen als Law-and-Order-Frau gemacht. Sie ist die EU-Kommissarin für Innenpolitik.

Die drastische Wortwahl der EU-Innenminister zu den tunesischen Flüchtlingen gehen ihr entschieden zu weit. „Massenflucht“, „Flüchtlingswelle“, „Tsunami“ – sie schüttelt darüber den Kopf. „Von sechs- oder siebenstelligen Flüchtlingszahlen zu sprechen ist vollkommen übertrieben“, sagt sie.

Malmström fürchtet, dass solche Rhetorik Parteien wie dem Front national in Frankreich oder der Gruppierung von Geert Wilders in den Niederlanden helfen könnte. „Der Zustrom an Flüchtlingen ist sehr, sehr begrenzt“, sagt sie. „Die Debatte ist ziemlich überhitzt.“

Es geht tatsächlich einiges durcheinander in der öffentlichen Diskussion. Von welchen Flüchtlingen ist eigentlich die Rede?

Es stimmt zwar, dass fast eine halbe Million Menschen Libyen seit dem Beginn des Krieges verlassen haben. Die sind aber bisher nicht auf dem Weg nach Europa, sondern sie haben in afrikanischen Nachbarländern Zuflucht gefunden – in Ägypten, Algerien, Marokko, im Niger und in Tunesien. Viele von ihnen sind auch bereits in ihre Heimatländer repatriert worden. Malmström hat aber immer noch Zehntausende von ihnen gesehen, als sie vor einhalb Wochen die Flüchtlingslager im Osten Tunesiens besuchte.

Die Flüchtlinge, die auf Lampedusa stranden, sind hingegen fast ausschließlich Tunesier, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen haben – was ihnen seit dem Ende des Polizeistaats sehr viel leichter fällt, weil es in Tunesien kaum noch eine funktionierende Küstenwache gibt.



Flüchtlinge im tunesischen Auffanglager an der Grenze zu Libyen, Tunesier Amir in Frankreich:

Um die Wirtschaftsflüchtlinge geht es in der europäischen Debatte. 26 000 Menschen seien zwar viel für die italienische Insel Lampedusa, sagt EU-Kommissarin Malmström, aber nicht viel für Europa. Die Tunesier wollen lediglich 60 Flüchtlinge pro Tag wieder zurücknehmen, und Brüssel versucht, sie zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. „Aber die haben

dort ganz andere Probleme“, sagt Malmström. „Was also soll Italien tun? Italien kann diese Menschen nicht ins Gefängnis stecken, sie haben ja nichts verbrochen.“

Malmström findet, es sei rechtlich nicht zu beanstanden, wenn Italien Schengen-Visa an die Flüchtlinge verteile. „Es ist sehr leicht, Italien zu kritisieren“, sagt sie. „Aber kein Land hat irgendeine andere Lösung vorgeschlagen.“ Ihrer Meinung nach sei es das Beste, die Flüchtlinge auf die anderen EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. „Die meisten sind sehr gut ausgebildet. Es wäre für die anderen Länder ein Leichtes zu sagen: Wir brauchen zehn Hotel-Rezeptionisten.“

Die Kommissarin will die derzeitige Krise nutzen, um das Asylrecht zu reformieren. Es könne nicht sein, dass derselbe Flüchtling in Griechenland null Chancen auf Anerkennung als Asylant habe, in Schweden aber 75 Prozent. „Das ist völlig inakzeptabel. Wir brauchen dieselben Standards.“

Malmström will außerdem – wie die Italiener – die Dublin-II-Verordnung ändern, in der festgehalten ist, dass jenes Land die Flüchtlinge aufnehmen muss, in dem sie ankommen. Wenn ein Land mit dem Ansturm nicht fertig werde, müsse dieses Prinzip vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, findet sie.

Mit diesen Ansichten wird Cecilia Malmström, die EU-Kommissarin, wenig Zustimmung finden in Frankreich, dem Land, in das die meisten Tunesier streben. Doch es gehe nicht nur um Solidarität gegenüber Italien, sagt sie, sondern vor allem gegenüber Tunesien. „Wir erleben eine außergewöhnliche Demokratisierungswelle, und die Tunesier haben die-



26 000 Flüchtlinge sind seit Anfang 2011 über den Seeweg nach Italien gekommen.	23 000 davon sind junge Tunesier ohne Aussicht auf politisches Asyl.
zum Vergleich:	
Asylbewerber 2010 in der EU	189 600
davon in:	
Deutschland	39 930
Frankreich	38 590
Italien	6 225
Quelle: Eurostat, Frontex	



MARTA RAMONEDA / POLARIS / STUDIO X

MARTIN RUAUD / ANOIA / DER SPIEGEL

„Wir brauchen dieselben Standards“

sen Trend angeschoben. Sie verdienen unsere Solidarität.“

Amir, der Tunesier, der sich erst nach Italien und dann nach Frankreich durchgeschlagen hatte, spürte nach seiner Ankunft nichts von Solidarität. Das Aufnahmelager in Lampedusa war überfüllt, der Müll türmte sich, die Toiletten waren verstopft, die Helfer aggressiv. „Es war reine Schikane“, sagt Amir, „Italien musste der Welt beweisen, dass es überfordert ist und Hilfe und Geld braucht von der EU.“

In Revolte war Amir geübt, mit anderen Flüchtlingen zündete er im Lager Matratzen an und schrie: „Liberté!“ Man flog ihn aufs Festland nach Kalabrien, das neue Heim wurde bewacht von italieni-

schen Polizisten. Wieder war Amir ungeduldig, er blieb nur für eine Nacht, ließ Rucksack und Kleidung auf seiner Pritsche zurück, damit niemand seine Flucht bemerkte, und kletterte über einen drei Meter hohen Stacheldrahtzaun.

Zwei Wochen lang irrte er durch Italien. Er war allein unterwegs, er durfte nicht auffallen, rasierte sich zweimal täglich, nahm fünf Züge und drei Busse, versteckte sich hinter italienischen Zeitungen, sprach kein Wort. Nach Frankreich gelangte er über das Aosta-Tal, in einem Bus voller Skitouristen. Ein Italiener, den er darum bat, besorgte ihm die Fahrtscheine. Mit dem Geld, das sein Bruder über „Western Union“ aus Frankreich geschickt hatte.

Jetzt lebt er bei seinem Bruder in Nantes, aber von Europa ist er enttäuscht. „Erst klatscht ihr Beifall für unsere Revolution“, sagt er, „dann jagt ihr uns über den halben Kontinent.“ Er fragt: „Soll das eure Demokratie sein?“ Europa sei eine Festung, findet er, egoistisch und fremdenfeindlich.

Er ist immerhin schon angekommen, viele seiner Landsleute stecken dagegen noch in Italien fest: nicht mehr auf Lampedusa, sondern hoch oben im Norden, im 25 000-Einwohner-Ort Ventimiglia an der Grenze zu Frankreich.

In den gepflegten Parks und auf den von Palmen bestandenen Promenaden mit ihren Yachthäfen und Luxusboutiquen hungern jetzt Hunderte tunesische Flüchtlinge. Wie Amir sind sie aus den Lagern im Süden geflohen, auf dem Weg nach Frankreich, wo ihre Verwandten leben und sie die Landessprache sprechen. Sie werden nicht mehr reingelassen, ihre letzte Chance sind die italienischen Visa.

Hier, an der französisch-italienischen Grenze, ist ein Kontinent zu besichtigen, der die Schotten dichtgemacht hat. Ein

Kontinent, der Großes erreicht hat, das mehr denn je auf dem Spiel steht: eine gemeinsame Währung, politische Einheit, offene Grenzen.

Auf der italienischen Seite, vor dem Bahnhof von Ventimiglia, wartet ein Mannschaftswagen der italienischen Polizei. Beamte durchforsten die Züge, zeren jeden heraus, der aus Frankreich kommt und sich nicht ausweisen kann. Sofort karren sie ihn zurück über die Grenze.

Und keine zehn Kilometer von hier die gleichen Szenen: Vor dem Bahnhof im französischen Menton an der Côte d'Azur steht ein Mannschaftswagen der Police nationale. Französische Beamte eskortieren tunesische Flüchtlinge zurück, zum Posten der Grenzpolizei von Ventimiglia neben dem Rathaus.

Dort sitzt Ventimiglias Bürgermeister Gaetano Scullino. Er seufzt und sagt, was sie hier trieben, sei ein Pingpongspiel.

Das Rote Kreuz hat ein Auffanglager in einer Feuerwehrawache errichtet, es gibt Feldbetten, Duschen und warmes Abendbrot. Das Lager fasst eigentlich nur 150 Menschen, es ist heillos überfüllt. Im Ort wächst der Widerstand gegen die Flüchtlinge. Immer öfter kommt es zu Schlägereien, sagen die Anwohner.

Mehrmals am Tag geht Gaetano Scullino, der Bürgermeister, zum Bahnhof, spricht mit den Flüchtlingen. Er erzählt ihnen, Europa sei nicht mehr der große Traum von Luxus, Jobs und grenzenloser Freiheit. Er versucht, ihnen zu erklären, warum dieses Europa solche Angst vor ihnen hat. „Wir haben selbst 30 Prozent Arbeitslose unter unseren Jugendlichen“, sagt er. „Kehrt zurück in eure Heimat.“

Aber sie hören ihn nicht, sie weichen nicht. Und täglich werden sie mehr.

FIONA EHLERS, MATHIEU VON ROHR,
CHRISTOPH SCHULT